

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU
zum Antrag der AfD-Fraktion

Beschulung durch türkische Konsulatslehrer beenden, Drs 18/0245

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag der AfD-Fraktion, Drs. 18/0245 „Beschulung durch türkische Konsulatslehrer beenden“ wird wie folgt geändert:

Türkischen Konsulatsunterricht durch ein vom Land Berlin verantwortetes Unterrichtsangebot ersetzen

Der Senat wird aufgefordert,

- unter den Teilnehmern am türkischen Konsulatsunterricht zu eruieren, in welches staatliche Sprachunterrichts-Angebot (bspw. zweisprachige Alphabetisierung, erste oder zweite Fremdsprache, Europaschule) sie wechseln würden;
- entsprechend des Bedarfs bis zum Schuljahr 2017/2018 ein Angebot einzurichten und die notwendigen Lehrer zu rekrutieren;
- das bestehende Angebot an türkischem Sprachunterricht an Berliner Schulen auf seine Attraktivität und Qualität hin zu überprüfen;
- so schnell wie möglich die Voraussetzungen für das Studium des Faches Türkisch auf Lehramt an einer Berliner Universität zu schaffen;
- sofort und ggf. unter Einbeziehung von Experten eine Arbeitsgruppe mit der türkischen Seite einzurichten, in der über alle den Konsulatsunterricht betreffenden, offenen Fragen gesprochen wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2017 zu berichten.

Begründung:

Der von aus Ankara entsandten Lehrkräften freiwillige Türkisch-Unterricht (sog. Konsulatsunterricht) an rd. 90 Berliner Schulen mit rd. 2300 teilnehmenden Schülern wurde bisher auf Vertrauensbasis erteilt, d. h. weder die Lehrkräfte noch die Lehrinhalte und Methoden sind der Senatsbildungsverwaltung genauer bekannt oder werden überprüft. Dieses Vertrauen hat die türkische Regierung durch haltlose Verdächtigungen und Einschüchterungen gegenüber deutschen und türkischen Bürgern erschüttert und es ist insgesamt angesichts der politischen Entwicklungen in der Türkei nicht mehr gerechtfertigt. Deshalb muss der von der Türkei verantwortete Türkisch-Unterricht an Berliner Schulen so bald wie möglich durch ein vom Land Berlin verantwortetes Unterrichtsangebot ersetzt werden. Ab sofort und bis ein entsprechendes staatliches Angebot bereit steht, soll eine Arbeitsgruppe mit der türkischen Seite eingerichtet werden, in der alle den Konsulatsunterricht betreffenden offenen Fragen erörtert werden.

2300 Schüler, die schon in der Grundschule freiwillig an einem über den regulären Unterricht hinausgehenden Sprachunterricht teilnehmen, sind im Rahmen der Förderung der Mehrsprachigkeit eine wertvolle Ressource, die es möglichst zu erhalten gilt. Daher sind die neuen staatlichen Angebote in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen zu entwickeln und der an Berliner Schulen bestehende Türkisch-Unterricht auf seine Attraktivität und Qualität hin zu überprüfen. Um mittel- und langfristig einen modernen, qualitativ hochwertigen türkischen Sprachunterricht in Berlin zu garantieren, muss umgehend die Möglichkeit geschaffen werden, das Fach Türkisch auf Lehramt an einer Berliner Universität studieren zu können.

Berlin, den 6. April 2017

Graf Bentele
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU